



DAS MAGAZIN

Ausgabe 5 April 2024

Unser Schwerpunktthema: Die EUROPWAHL am 9. Juni 2024

INHALT DES MAGAZINS

Auf ein Wort ...	Seite 3
Voller Einsatz der Europäischen Green Seniors in Lyon	Seiten 4 - 6
Jetzt auch im grünen Europa-Programm: Altersfreundliche Städte und Gemeinden!	Seite 7
Interview mit Dr. Hannah Neumann und Dr. Sergey Lagodinsky	Seiten 8 - 11
Panorama - Gesichter zeigen für EUROPA	Seite 12
Panorama - Wie Buxtehude fit für das Alter wird	Seite 13
Die BAGSO fordert „Ein Europa für alle Altersgruppen“!	Seiten 14 - 15
14. Februar 2024: Kein guter Tag für die Demokratie! Politischer Aschermittwoch der Grünen in Biberach	Seiten 16 - 17
14. Februar 2024: Nochmal davongekommen! Politischer Aschermittwoch der Grünen in Schorndorf	Seiten 18 - 19
„Zeitbank“ als Vorsorgemodell in der Schweiz- ein Nachbarschaftsmodell auch für uns	Seiten 20 - 21
Nicht nur altengerechte Verkehrswege und Verkehrsmittel	Seiten 22 - 23

Der Vorstand gemeinsam ist zu erreichen unter: vorstand@gruenealte.de
Christa Markl-Vieto, Sprecherin und Vorsitzende: christa.markl-vieto@gruenealte.de
Dirk Schmidtman, Sprecher und Vorsitzender: dirk.schmidtman@gruenealte.de
Detlef Meyer zu Heringdorf, Schatzmeister: detlef.meyer.zu.heringdorf@gruenealte.de
Christa Möller-Metzger, Beisitzerin: christa.moeller@gruenealte.de - Anita Hoffmann, Beisitzerin:
anita.hoffmann@gruenealte.de - Annelie Katt, Beisitzerin: annelie.katt@gruenealte.de

Impressum:

Herausgeber: (V.i.S.d.P.) GRÜNE ALTE 2024
Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin Geschäftsführender Vorstand: Sprecher*innen
Christa Markl-Vieto, Dirk Schmidtman
Schatzmeister: Detlef Meyer zu Heringdorf
Beisitzer*innen: Anita Hoffmann, Annelie Katt, Christa Möller-Metzger, Uwe Petersen

Redaktion des Magazins: Manfred Cuntz, Bernd Hanke, Andrea Jäger,
Detlef Meyer zu Heringdorf, Jürgen Mülders, Uwe Petersen, Frank Spade -
Art Direction / Layout: Andrea Jäger, Bernd Hanke

Fotos: Titelbild Brian Merrill auf Pixabay S. 3 privat, S. 4-6 Christa Möller-Metzger, S. 8-S.11 Jens Oellermann (Lagodinsky), Alexis Haulot (Neumann), S. 12 DIE GRÜNEN Landkreis Stade S. 13, 15, 23 Bernd Hanke, S. 16 Franz P. Sauerteig auf Pixabay, S. 17-18 Andrea Jäger, S. 20 Evelyn Thies S. 22 Jürgen Mülders

Auf ein Wort ...

„Die Antwort auf die Herausforderungen in Europa ist Europa.“

Dieser Satz aus dem Europawahlprogramm der Grünen von 2019 gilt unverändert. Dieses einmalige Projekt hat unserem Kontinent über Jahrzehnte nicht nur Frieden und Wohlstand beschert, sondern es ist in unserer globalen Welt auch identitätsstiftend und ein Zeichen der Selbstbehauptung. Europa gilt in vielen Teilen der Welt deshalb inzwischen als Vorbild für Zusammenarbeit und Versöhnung. Darauf können wir Europäerinnen und Europäer eigentlich stolz sein.

Diese Errungenschaften sind uns oft vielleicht gar nicht mehr so bewusst. Reise- und Niederlassungsfreiheit, Erasmusprogramme, ein gemeinsamer Wirtschaftsraum mit gemeinsamer Währung und vieles mehr, das wir aus unserem Alltag eigentlich nicht mehr missen wollen. Vorbei sind auch die Zeiten, in denen wir oft abschätzig und vorurteilsbeladen übereinander redeten. Schon vergessen? Wir waren für die Franzosen die „boches“, die Italiener für viele „Itaker“ und die sogenannte „polnische Wirtschaft“ sprach nicht nur in Deutschland selbstredend für sich. Heute verstehen wir uns als Teil einer großen, selbstverständlichen Gemeinschaft, an die wir uns – wie an so vieles – gewöhnt haben und der wir keine besondere Wertschätzung mehr entgegenbringen. Wie die Demokratie ist Europa zum Konsumgut geworden. Alles im Angebot, alles selbstverständlich, nichts Besonderes.

Und na klar, Europa ist mit wenigen, bedauernswerten Abstrichen in einigen wenigen Ländern gelebte Demokratie. Vertrauen wir darauf. Wir leben doch in einer freien Gesellschaft mit freier Presse und freien Wahlen. Na klar, alles normal!

Nein, ist es nicht. Es bleibt etwas Besonderes, es ist alltagsrelevant, fördert den Austausch und macht eine Gesellschaft des Grenzen überschreitenden Miteinanders erst möglich. Sicher nicht immer perfekt, aber doch ein Grund, dieses Europa wertzuschätzen und vielleicht sogar ein wenig zu lieben. Und dennoch, die Populisten landauf, landab machen uns klar, dass „in Europa nichts auf Ewigkeit erreicht ist“, wie es einst der französische Staatspräsident Francois Mitterrand so treffend ausdrückte.

Damit diejenigen, die mit Europa oder auch demokratischen Prozessen wenig im Sinn haben, nicht gewinnen, bedarf es unseres Engagements. Aber vielleicht noch wichtiger ist es, nach vorne zu blicken und gemeinsam die Herausforderungen anzunehmen: Klimaschutz, Ausweitung des Binnenmarktes bei Mobilität und Digitalisierung, Flucht und Migration und nicht zuletzt die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Selbstbehauptung des Kontinents.

Wahlen sind großartige Möglichkeiten, darauf einen positiven, selbstverständlich grünen Einfluss zu nehmen, das gilt auch für die oft unterschätzten Europawahlen!

Eure Grünen Alten mit bestem Gruß Christa und Dirk

Sprecher*innen
für den gesamten Vorstand



Christa Markl-Vieto

Voller Einsatz der Europäischen Green Seniors in Lyon

Autorin: Christa Möller-Metzger, Senior*innenpolitische Sprecherin der Hamburgischen Bürgerschaft

Wow, was für spannende Tage beim Kongress aller grünen Parteien Europas (EGP) in Lyon! Vom 2. bis zum 4. Februar wurde das neue Grundsatzprogramm (Manifesto) verabschiedet, das alle fünf Jahre erneuert wird. Und es fiel die Entscheidung für die beiden Spitzenkandidat*innen im Europa-Wahlkampf. Herzlichen Glückwunsch an Terry Reintke, die nun nicht nur deutsche, sondern auch europäische Spitzenkandidatin ist. Und an ihren Mitkämpfer Bas Eickhout aus den Niederlanden!

Die Europäischen Green Seniors (www.greenseniors.eu/) waren diesmal auch mit einem Stand auf dem Kongress. Und wir hatten ein volles Programm mit unserer Generalversammlung, einer Diskussionsveranstaltung und einer Performance, mit der wir für mehr Sichtbarkeit sorgen wollten.

Wir, das waren Pirkko aus Finnland, Kerstin aus Schweden, Kris aus Belgien, Irmgard aus Österreich, Erwin aus Großbritannien und ich, Christa, aus Deutschland. Einige von uns hatten sich bisher nur per Zoom gesehen.



Am Stand war richtig viel los, viele intensive Gespräche mit Grünen aus Slowenien, Litauen, Italien, Frankreich, Rumänien, Luxemburg und Spanien, die sich für unsere Arbeit interessieren oder bei uns mitarbeiten wollen! Auch unsere grüne Bundesgeschäftsführerin Emily Büning kam vorbei und erzählte, dass Bündnis90/Die Grünen in Deutschland allein im Januar 4500 neue Mitglieder gewinnen konnten! Super!

Wir waren auf den Ansturm von Jung und Alt gut vorbereitet und hatten jede Menge Flyer zu den unterschiedlichsten Senioren-Themen dabei. Alle am Senior-Thema Interessierten konnten sich auf einer Liste am Stand eintragen, um regelmäßig über die Aktivitäten der Green Seniors informiert zu werden. Und wir konnten richtig viele neue Ansprechpartner*innen in den unterschiedlichsten Ländern gewinnen!

Wenn wir Teilhabe für alle Menschen wollen, wenn wir wollen, dass ältere Menschen sich engagieren und aktiv sind, dann brauchen wir ein altersfreundliches Umfeld.

Unser kleines Happening im Foyer weckte in der Tat viel Aufmerksamkeit: Während der Pause, als alle Delegierten dort waren, liefen wir mit Pappen, auf die unsere Green-Senior-Forderungen gedruckt waren, an allen vorbei. Green-Senior-Präsident Kris kam sogar mit einem Senior-Rights-Zylinder! Ein echter Hingucker - wie auch das Europa-Barett von Erwin, das er sogar zwischendurch an die Grüne Jugend für eine Fotosession verlieh. Unsere Gruppe war jedenfalls bald in zahlreiche Gespräche verwickelt. Und bekam viel Zustimmung für unsere Forderungen von allen Seiten!

Der Höhepunkt im Anschluss: Die Einladung der Green Seniors zur Debatte **„Wie ältere Menschen bei den nächsten Wahlen den Unterschied machen können!“** Ich konnte einen einleitenden Vortrag halten, um einiges klar zu stellen:

Am besten erreichen wir das mit dem Netzwerk für altersfreundliche Städte und Gemeinden (Age-friendly Cities and Communities) der Weltgesundheitsorganisation! Eine altersfreundliche Umgebung erleichtert nicht nur älteren Menschen das Leben, sondern auch allen anderen Generationen. Zum Beispiel Eltern mit Kinderwagen, die sich genauso breite Gehwege oder barrierefreie Zugänge zu ihren Wohnungen wünschen. Und natürlich allen Menschen mit eingeschränkter Mobilität. Den Namen „altersfreundliche Stadt“ müssen wir trotzdem behalten, sonst werden Ältere einfach nicht mitgedacht.

----->
Lesen Sie weiter auf der nächsten Seite



Schwarz auf weiß: das Manifesto der **European Green Seniors**

Über positive und negative Beispiele von Altersfreundlichkeit in den verschiedenen Ländern wurde in unserem Workshop ausführlich diskutiert: Über freien Transport in Luxemburg, nachbarschaftliche Unterstützungsmodelle und ambulante Pflege in den Niederlanden oder schlimme Abzocke mit Pflegeheimen in Rumänien. Das Spektrum war breit, die Bedingungen, unter denen ältere Menschen in den verschiedenen Ländern leben, sehr unterschiedlich. Schließlich waren 11 Nationen vertreten!

Alle Anwesenden waren sich nach etwas mehr als zwei Stunden einig: Dieser Austausch ist total wichtig und sollte öfter passieren. In Zukunft werden wir regelmäßig zu Online-Treffen mit interessierten Vertreter*innen europäischer Green-Senior-Organisationen einladen. Und unser Schwerpunkt wird sein, mehr Ländervertretungen für den Green-Senior-Vorstand zu gewinnen. Rumänien ist schon mal zukünftig dabei. **Sehr gut!**

Das Manifesto der Europäischen Grünen

Autorin: Christa Möller-Metzger, Senior*innenpolitische Sprecherin der Hamburgischen Bürgerschaft



Jetzt auch im grünen Europa-Programm: Altersfreundliche Städte und Gemeinden!

Alle fünf Jahre erneuern die Europäischen Grünen (EGP) ihr Grundsatzprogramm, das Manifesto. Zum ersten Mal hatte EGP uns, die Europäischen Green Seniors, darum gebeten, einen Passus zu Ageismus und zu unseren wichtigsten Forderungen einzubringen. Das ließen wir uns natürlich nicht zweimal sagen!

Das ist unser Kapitel im aktuellen EGP-Manifesto:

Nein zu Altersdiskriminierung

Das Alter darf kein Hindernis für ein erfülltes und aktives Leben sein, aber zu oft werden ältere Menschen durch vorgefasste Meinungen diskriminiert und ausgegrenzt. Sie gehören zu den sozialen Gruppen, die ohnehin am meisten von Armut und digitaler Ausgrenzung bedroht sind. Als Grüne werden wir uns gegen Ageismus in der europäischen Politik einsetzen.

Sehr alte Menschen stellen die am schnellsten wachsende Bevölkerungsgruppe in Europa dar, und wir müssen auf diese Entwicklung vorbereitet sein. Wir unterstützen Maßnahmen, die die Teilhabe älterer Menschen und ihre politische Beteiligung fördern, wie den Beitritt zum Globalen Netzwerk altersfreundlicher Städte und Gemeinden der WHO.

Wir fordern faire Renten für alle Senior*innen in der EU.

Wir wollen starke Pflegedienste, die Menschen mit Langzeitpflegebedarf sowie ihre An- und Zugehörigen unterstützen. Generationengerechtigkeit ist nicht nur ein Begriff: Der Austausch zwischen den Generationen sollte in unseren Bildungssystemen verankert werden und auch viel mehr in sozialräumlichen Aktivitäten.

Zusätzlich gab es noch einen weiteren Änderungsantrag eingebracht von Miljöpartiet de Gröna aus Schweden... **„Dazu gehört auch die Sicherung der Freizügigkeit für Bezieher garantierter Renten, damit sie überall in der EU leben und ihre Renten mitnehmen können...“** und einen Antrag von Groen, Belgien, Ergebnis eines Kompromisses von Groen, EELV und Bündnis 90/Die Grünen: **„Wir wollen armutsfeste Renten für alle Senior*innen in der EU, wenn sie ihr Rentenalter erreichen. Gleichzeitig fördern wir Konzepte, die Übergangsphasen zwischen Lernen, Arbeiten, Familienpflege, Arbeitslosigkeit, Freizeit und Ruhestand in verschiedenen Lebensabschnitten möglich zu machen.“**

Wir Grüne müssen uns über eines klar sein: Wenn ältere Menschen in den Parteiprogrammen nicht erwähnt werden und auf den Wahlplakaten nur junge Familien und junge Menschen zu sehen sind, dann fühlen sie sich nicht angesprochen. Und wenn Ältere sich von uns nicht wertgeschätzt fühlen, werden sie uns auch nicht wählen. Unsere Gesellschaft profitiert von den Ressourcen und dem Engagement älterer Menschen. Wir sollten daher nicht die Defizite, sondern eher die Potentiale des Alters sehen!

»EUROPA besteht nicht nur aus seinen Institutionen sondern in erster Linie aus den Menschen, die hier wohnen.«

Dr. Sergey Lagodinsky

Die EU hat nicht nur Grenzen obsolet gemacht und dem Kontinent einen langen Frieden beschert, sondern auch den Wohlstand aller Mitgliedsländer gesteigert. Dennoch ist es bei vielen immer weniger ein Herzensprojekt und manchem scheint es sogar überdimensioniert und verzichtbar. Was ist Eure Erklärung hierfür?

Hannah: Für viele Menschen ist es ja auch immer noch ein Herzensprojekt. In Polen zum Beispiel fanden auch zu Zeiten der PiS-Regierung noch 80 Prozent der Menschen die EU total wichtig und gut. Manche glauben aber, dass der Nationalstaat vieles regeln sollte, weil das angeblich besser läuft. Ein Blick nach Großbritannien nach dem Brexit zeigt jedoch, dass dem ganz sicher nicht so ist. Grundsätzlich ist den Menschen schon klar: Wenn wir Sachen zusammen machen, dann geht's besser.

Sergey: Wir Menschen gewöhnen uns schnell an etwas, das wir haben. So haben wir uns an all das Gute, das uns Europa gebracht hat, gewöhnt, einheitliche Währung, komplikationsfreies Reisen und dass wir als Europa eine ernstzunehmende Wirtschaftsmacht geworden sind. Die Junge Generation kennt es gar nicht anders. Der Krieg in der Ukraine und die Verfolgung der freien Zivilgesellschaft in Russland sind Beispiele, wie Alternativen aussehen können. Aufgabe der Politik und auch der Bürgerinnen ist es, daran zu erinnern, worum es geht und es geht um richtig viel!



Demokratiebestrebungen sind in vielen Gegenden der Welt durch den Einfluss autoritärer Staaten wie Russland oder China unter Druck geraten. In der EU sind in einigen Staaten demokratische Spielregeln in der Defensive und anti-demokratische populistische Lösungsvorschläge haben nicht nur bei uns vermehrt Konjunktur. Was müssen wir im Hinblick auf die neue EU-Legislaturperiode tun, um diesen Tendenzen entgegenzutreten?

Sergey: Es geht darum, die freie Zivilgesellschaft in einer Demokratie als Kraft zu stärken. Deshalb engagiere ich mich seit 5 Jahren für das Europäische Vereinsrecht. Mit dem Medienfreiheitsgesetz haben wir hier einiges erreicht, aber jetzt müssen wir die Umsetzung des Gesetzes verfolgen und unterstützen, damit der Sinn des Gesetzes durchgesetzt wird. Und das nicht nur analog, sondern auch in den digitalen Bereichen. Die Zivilgesellschaft zu stärken, das ist etwas, das China oder Russland nicht machen, man hat dort einfach keine Zivilgesellschaft. Wir haben eine, die frei und aktiv ist und das müssen wir erhalten, darum geht es. Ohne die freie Zivilgesellschaft gibt es keine Demokratie, da bringt auch das beste Parlament nichts.

Genauso ist es auch mit unserem Media Freedom Act. Wie schaffen wir es, dass wir freie Journalisten und freie Presse, egal ob digital oder analog, beschützen, in allen Mitgliedsstaaten. Das ist es, woran wir jetzt arbeiten müssen, an der Umsetzung der Gesetze. Außerdem müssen wir unsere Dienste stärken, damit sie die Provokationen und Desinformationen aus dem Ausland schneller identifizieren und ganz schnell in der Lage sind, diese auszuhebeln. Wir haben bei KI noch nicht alles erreicht, was wir haben wollten, aber wir werden dranbleiben.

Hannah: Wir müssen uns gegen Desinformationen definitiv besser wehren können. Putin zum Beispiel streut Falschinformationen mit dem Ziel, unsere Gesellschaft zu spalten und zu schwächen. Leider werden dann Fake News wie z.B. „Geflüchtete nehmen uns die Zahnarzttermine weg“ oft auch von konservativen Politiker*innen oder großen Medien übernommen. Damit werden sie, wenn auch unbeabsichtigt, zu trojanischen Pferden russischer Desinformation. Zudem vernetzen sich die Rechten stärker, da müssen wir hinsehen. Gleichzeitig, und das finde ich wirklich gut, sagen jetzt immer mehr Menschen in vielen europäischen Ländern: „Ich muss nicht in eine Partei gehen, aber die Demokratie und ihre Errungenschaften wie Minderheitenschutz, Pressefreiheit, Wahlen sind mir wichtig.“



Fortsetzung des Interviews mit Dr. Hannah Neumann und Dr. Sergey Lagodinsky

Es gibt jetzt zum Beispiel mit #ReclaimTikTok eine Bewegung zivilgesellschaftlicher Akteure und vieler junger Leute, die auch bei TikTok Demokratie und Meinungsfreiheit stärken wollen. Andere wollen das in ihrem Sportverein machen oder ins Kommunalparlament gehen. Wieder andere machen das, indem sie sich darum kümmern, dass Geflüchtete hier gut versorgt werden. Das ist ein Einsatz für Demokratie, von dem ich mir erhoffe, dass er lange trägt.

Ein Europäisches Vereinsrecht – das klingt ja erst mal nicht so irre spannend. An dem Thema seid Ihr aber intensiv dran. Warum ist das auf eurer Agenda?

Sergey: Weil eine europäische Demokratie ohne europäische Zivilgesellschaft nicht funktioniert. Es kann nicht sein, dass wir in Europa Aktiengesellschaften gründen können, aber keine zivilen Gesellschaften und darum geht es hierbei. Es geht darum, dass Menschen aus verschiedenen europäischen Ländern sich zu einer gemeinsamen europäischen Vereinigung zusammenschließen können und so den europäischen Gedanken auch im Bereich der Vereine pflegen können. So europäisieren wir das europäische Bürgerengagement und legen wir die Grundlagen für einen Schutz der europäischen Zivilgesellschaft vor nationalen Despoten wie Orban und Co.

Hannah: Ich arbeite viel zur Oder und setze mich zum Beispiel gegen den geplanten großen Hafen und für den Gewässerschutz ein. In der Zeit des Fischsterbens war ich vor Ort. Die Oder ist ja ein polnisch-deutscher Grenzfluss. Was ich gemerkt habe, war, dass die polnische Zivilgesellschaft von Seiten der PiS-Regierung massiv unter Druck gesetzt wurde, sodass sich niemand mehr getraut hat, sich zu äußern. Manche mussten sogar die Vereinsarbeit ganz beenden. Hätte es da schon europäische Vereinigungen gegeben, hätte man sich gegenseitig stützen können. Ich freue mich, dass das jetzt leichter wird.

Emanzipation und Frauenrechte in Europa, ein Thema, von dem wir einmal dachten, dass es ein Selbstläufer sein würde. Wie nehmt ihr das wahr? Wie steht es darum etwa auch bei der Parität im EU-Parlament?

Hannah: Wir haben hier in der EU klar gesehen: Wenn die Regierungen rechtskonservativer werden, geht das immer mit einer Einschränkung von Frauenrechten einher. So war es zum Beispiel in Polen beim Thema Abtreibung. Da wurde selbst auf die Gesundheit Schwangerer teilweise keine Rücksicht genommen: In Polen sind Frauen verstorben, weil Ärzt*innen sich wegen der strengen Gesetze nicht mehr getraut haben, Abtreibungen vorzunehmen. Wir sehen auch in Deutschland, dass Politikerinnen von rechten Gruppierungen angegriffen werden, mit Fake News, mit Schmutzkampagnen und sexistischen Kommentaren. Das widerspricht unserem Grundgesetz und der Idee von Gleichheit, es schadet aber auch jedem Land wirtschaftlich. Es gibt so viele Studien, die beweisen: Je schlechter es Frauen in einer Gesellschaft geht, umso schlechter ist die ökonomische Situation. Als Frauen sollten wir uns zusammenschließen über Landesgrenzen und parteipolitische Positionierungen hinweg. Schließlich ist das unser gemeinsamer Kampf. Aber mir wäre auch wichtig, dass Männer sich stärker beteiligen.

Sergey: Ich arbeite zum Beispiel im EU-Parlament für die beiden Bereiche Außen-/Sicherheitspolitik und Digitalpolitik und in beiden Bereichen haben wir eine reine, eine selbstverständliche Männerdominanz, die wir aufbrechen müssen. Auch im EU-Parlament. Auf allen Ebenen im Europaparlament.

Deutschland hat vor kurzem in der UN-OEWG (Arbeitsgruppe für die Rechte älterer Menschen) kundgetan, dass wir keine UN-Altenkonvention brauchen, weil wir schon auf dem richtigen Weg sind. Wie seht Ihr die Entwicklung in Europa?

Hannah: Ich glaube nicht, dass wir schon alles für die Rechte älterer Menschen getan haben. Man muss sich nur einmal ansehen, wie manche älteren Menschen heute leben. Dabei geht es ihnen in Deutschland im Vergleich zu vielen anderen europäischen Ländern noch relativ gut. Es ist wichtig, dass wir über Pflege reden, über Einsamkeit. Wir müssen aber genauso an den Stellschrauben drehen, die langfristige Verbesserungen versprechen. Da haben wir sicherlich Möglichkeiten auch auf europäischer Ebene.

Ein fairer Mindestlohn wirkt sich auf die Höhe der Rente aus, wir brauchen europäische Mindeststandards für die Gesundheitsversorgung und die Unterbringung von älteren Menschen, die nicht mehr alleine leben können. Wenn Frauen die Möglichkeit haben, auch als Mutter ihren Beruf auszuüben, dann fallen ihre Rentenbezüge später höher aus. Dazu gehört auch, Anreize für Väter zu schaffen, damit sie sich gleichberechtigt um ihre Kinder kümmern. Und wir müssen die Teilhabe älterer Menschen an der Gesellschaft stärken. Ich fände es auf jeden Fall gut, wenn ältere Menschen auch im Alter politisch aktiv bleiben.

Sergey: Ich finde es immer schlimm, wenn Regierende sich selbst aus der Verantwortung von Menschenrechten lossagen und sich dann von Schuld mit dem Hinweis auf die eigenen bisherigen angeblichen Erfolge freisprechen. So funktionieren Menschenrechte und auch Altenrechte nicht. Da müssen wir dann auf der EU-Ebene die Nationalstaaten in die Pflicht nehmen. Eine UN-Altenkonvention ist für mich eine Selbstverständlichkeit, denn die Gruppe verdient eine klare rechtliche Basis für ihre Menschenrechte. Auch in diesem Bereich kein Menschenrechts-Ageism bitte!

„Und ich wünsche mir auch, dass ihr als Grüne Alte noch mehr Druck auf die Politik ausübt.“

Dr. Hannah Neumann



Dr. Sergey Lagodinsky
Vorsitzender der Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Türkei, erster stellvertr. Vorsitzender des Rechtsausschusses und stellvertr. Mitglied in den Ausschüssen für Auswärtige Angelegenheiten sowie Inneres und Bürger*innenrechte.



Dr. Hannah Neumann
Setzt sich im Außenausschuss (AFET) und im Sicherheits- und Verteidigungsausschuss (SEDE) für Frieden und Sicherheit, Menschenrechte, Feminismus und Themen rund um den Nahen und Mittleren Osten ein.

Das Interview führte Christa Markl-Vieto. Es steht in voller Länge auch auf gruenealte.de

Autor: Bernd Hanke, Mitglied der Redaktion

Am 9. Juni 2024 sind die Europawahlen und das Thema Wahlbeteiligung steht ganz und gar im Vordergrund. Je mehr Leute zur Wahl gehen, desto besser sind die Chancen, einem möglichen Rechtsruck in Europa und im eigenen Land entgegen zu wirken.

In Buxtehude und im Kreis Stade haben wir überlegt, wie wir möglichst viele Personen erreichen und motivieren können, ihr Kreuz zu machen. Dabei ist die Kampagnenidee **Gesichter zeigen - Ich bin für Europa...** entstanden. Die Beteiligten, Frauen wie Männer, jung und alt, sagen, warum es für sie wichtig ist, wählen zu gehen! Die Motive werden bis zum Wahltag im gesamten Landkreis über Facebook und Instagram gepostet. Diese Aktion darf auch gern in anderen Bundesländern adaptiert werden.



Autor: Jörg Jennrich, Grüne Alte Buxtehude



Trotz „Grünem Bashing“ landauf landab ließen es sich zahlreiche Senior*innen nicht nehmen, unsere Einladung zu diesem wichtigen Thema „Wie Buxtehude fit für das Alter wird“ anzunehmen.

Bei dieser ersten öffentlichen Veranstaltung der Grünen Alten wurde das Maximum des Eventraumes „Petri-Platz“ der Sparkasse voll ausgeschöpft. Unser Ansatz, dass auch die Hansestadt Buxtehude im Rahmen des demografischen Wandels sich vermehrt für ein harmonisches Zusammenleben zwischen Jung und Alt einsetzen könnte, hatte sich auf der kürzlich stattgefundenen 8. Seniorenkonferenz der Stadt bestätigt, weil die Verwaltung noch in der Findungsphase zwischen Ursache und Wirkung ist.

Mit dem Projekt „Altersfreundliche Stadt“ unter der Mitwirkung des Globalen Netzwerkes der WHO zeigte unsere Referentin Christa Möller-Metzger diverse Lösungsansätze auf, die einfach und kostengünstig für das Leben älterer Menschen positiv umzusetzen sind. Das Rad in der Seniorenpolitik braucht nicht neu erfunden zu werden.

Nach dem Vortrag sammelten wir diverse Anregungen und Vorschläge aus dem Publikum. Es bestätigte sich unsere Annahme, dass auch die Hansestadt Buxtehude sich den neuen Anforderungen in der Seniorenpolitik stellen sollte, um für ein zukünftiges, harmonisches Zusammenleben zwischen Jung und Alt in unserer Stadt beizutragen.

Die BAGSO fordert „Ein Europa für alle Altersgruppen“

Autor: Detlef Meyer zu Heringdorf, Mitglied im Vorstand Grüne Alte

Die BAGSO (Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen) ist die Interessenvertretung für die ältere Bevölkerung in Deutschland. Regelmäßig treffen sich die Mitglieder dutzender Seniorenorganisationen zum Austausch.

Als Kommunikationsebene hat die BAGSO vier Fachkommissionen etabliert: **Aktuelle Fragen der Seniorenpolitik, Engagement und Kommunikation, Gesundheit und Pflege sowie Digitalisierung**. Diese Fachkommissionen tagen 4x jährlich, 2x Online und 2x in Präsenz. Auf EU-Ebene arbeitet die BAGSO eng mit AGE Platform Europe zusammen, dem Zusammenschluss von Seniorenorganisationen aus 30 europäischen Ländern und unterstützt das AGE-Manifest „**The Europe we want is for all ages**“ (Wir wollen ein Europa für alle Altersstufen) zur Europawahl.

Vor ungefähr drei Jahren hat man sich bei der BAGSO dazu entschlossen, eine Arbeitsgruppe **Internationales** zu gründen, die hoffentlich bald auch zu einer **Fachkommission Internationales** aufgestockt wird. Diese AG hat sich zum Ziel gesetzt, sozusagen über ‚den Tellerrand‘ Deutschlands hinauszublicken und von den internationalen Organisationen zu lernen ohne ‚das Rad neu zu erfinden‘. In intensiven Diskussionen wurde ein Leitpapier für die Europawahlen zusammengestellt, das den Titel **„Für ein solidarisches Miteinander aller Generationen in Europa“** trägt und die Forderungen der BAGSO an den europäischen Gesetzgeber für die Jahre 2024 bis 2029 umfasst.

Schon 2019 war die BAGSO mit 10 Forderungen aktiv an die zukünftigen Mandatsträger herangetreten. Diese Forderungen sind jetzt noch einmal formuliert und differenziert worden. In unseren Diskussionen haben wir feststellen müssen, dass die Probleme älterer Menschen sich kaum von Land zu Land unterscheiden und häufig generationsübergreifend auftreten. Einsamkeit, Mobilitätsdefizite und Pflegeproblematiken sind nicht allein Probleme Älterer, sondern betreffen auch jüngere Menschen.

2021 veröffentlichte die Europäische Kommission das Grünbuch zum Thema Altern. In der Folge wurde 2022 die Europäische Strategie für Pflege und Betreuung beschlossen. Ein weiterer wichtiger Impuls war eine Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) im Juli 2023. Er empfahl der Kommission, eine europäische Strategie für ältere Menschen zu entwickeln mit dem Ziel, sie als aktiv Handelnde sichtbar zu machen und ein selbstbestimmtes Leben in den Mittelpunkt zu rücken. Der EWSA forderte, diese Strategie noch in der aktuellen Legislaturperiode vorzulegen, um eine Grundlage für konkrete, zukünftige politische Maßnahmen der EU zu schaffen.

Die BAGSO fordert nun vom europäischen Parlament, die Menschenrechte älterer Menschen einzuhalten, gegen Altersdiskriminierung (Ageism) einzutreten und die Belange älterer Menschen in allen Politikbereichen zu berücksichtigen. Als besonders berücksichtigungswert ist uns „...ein selbstbestimmtes Leben in den Mittelpunkt zu rücken“.



Die Bevölkerungszusammensetzung verändert sich rapide. Während der Anteil der älteren Menschen rapide wächst, sinkt der Anteil der Jüngeren. Die generationsübergreifenden Themen erscheinen uns aus diesem Grund als ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Forderungen.

Darüber hinaus fordern wir die Verwirklichung der UN-Altenrechtskonventionen und den Einsatz der Mandatsträger, sich bei der UN hierfür einzusetzen.

Unsere drei Hauptforderungen sind:

- 1. Altersdiskriminierung sowie mehrfache und sich überschneidende Formen der Diskriminierung beenden**
- 2. Altersfreundliche Umgebungen schaffen**
- 3. Soziale Ungleichheit und Armut beenden**

Miteinander wollen wir älter werden und fordern mehr Solidarität. Wir sehen die Demokratie nicht nur in Deutschland, sondern in Europa zunehmend gefährdet. Jung und Alt können zur Solidarität und Demokratie beitragen. Wählen ist die erste Bürgerpflicht, um die demokratischen Störfeuer aufzuhalten.

Das Europäische Parlament kann einen wichtigen Beitrag zu einer solidarischen und demokratischen Gesellschaft leisten, in der alle gut älter werden können.

14. Februar 2024: Kein guter Tag für die Demokratie!

Autor: Uwe Petersen, Mitglied der Redaktion

Politischer Aschermittwoch in Biberach

Der zweite Politische Aschermittwoch der Grünen nach der Coronapause 2021 und 2022. Wie letztes Jahr auch hatte ich einen Infotisch für die Grünen Alten angemeldet. Doch was dann in Biberach ablief, das war schlimmer als Corona: Es war der Triumph eines rechten Mobs über demokratische Spielregeln, ein Triumph gewaltbereiter Verbohrter über die Staatsmacht (in Form der Polizei). Es waren Verhältnisse, wie ich sie bisher nur aus dem Fernsehen kannte, von irgendwo in Thüringen oder Sachsen. Doch jetzt ist es angekommen: Bei uns im Ländle ist eine demokratische Kultur nicht mehr (immer) gewährleistet!

Bauernproteste?

Dass ich nicht lache! Natürlich waren auch Bauern mit ihren Traktoren da. Und möglicherweise waren darunter auch solche, die ein ernstes Anliegen vertreten wollten. Aber der Hauptanteil der „Demonstranten“ war eindeutig ein rechter Mob. Ganz vorne: nein, keine Traktoren, sondern zwei SUV, jeweils mit Anhänger und Aufklebern der AfD „Jammert mir nichts vor. Ich habe richtig gewählt. AfD“. Vor der Halle aggressive Kommentare allen gegenüber, die man für Grüne hielt, bei jeder Kamera die Rufe „Lügenpresse“ und so weiter.

Spontane Demo?

Die Plakate, die dort herumgetragen und -gefahren wurden, waren äußerst aufwendig und professionell gemacht im Stil der grünen Bundestagswahlplakate mit eingedruckten Kommentaren, die die Grünen der Lüge, des Verrats und ähnlicher Dinge bezichtigten – in einer Druckqualität, die man nicht mal eben so „aus der Hand schütteln“ kann. Also alles von langer Hand vorbereitet.

Gewalt!

Laut Biberachs OB Zeidler wurden bereits ab 3 Uhr nachts Feuer gelegt; später wurden die Zufahrtsstraßen blockiert, Autos beschädigt, Leute, die in die Halle wollten, gewaltsam daran gehindert. Nach rund einer Stunde waren erst 50–100 Leute in der Halle. Ganz wenige „normale“ Grüne, vor allem Leute aus der Landesgeschäftsstelle, aus dem KV Biberach (als Veranstalter), MdBs, MdLs, Presse und die Infotisch-Besetzungen. Dann kam die Absage der Veranstaltung. Die Polizei sah keine Möglichkeit mehr, die Veranstaltung ohne Gefahr von Gewalt durchzuführen, und der KV Biberach zog die Notbremse. Ein fatales Zeichen, aber verständlich: Wer wollte schon die Verantwortung für eventuelle Verletzte und Sachschäden übernehmen!



Ich bin froh, dass ich in Biberach war, dass ich das mit eigenen Augen gesehen, mit eigenen Ohren gehört und die Stimmung am eigenen Leib erfahren habe: Das wirkt ganz anders, als wenn man es nur medial erfährt, macht einem erst richtig klar, was da eigentlich passiert. Welcher Fanatismus und welcher Hass da wirken, das lässt sich über die Medien nur erahnen.

**Mein Fazit: Erschreckend, wie offen rechte Gewalt
sich heute zur Schau stellt.
Und die AfD feiert das dann noch als Sieg der Demokratie!**

Was aber heißt das für uns als Grüne Alte?

Wir können uns nicht nur mit Seniorenthemen beschäftigen! Auch der Landesseniorenrat hat das erkannt und fährt Kampagnen gegen Demokratiefeindlichkeit. Umso mehr sollten wir als Teil einer politischen Partei Flagge zeigen und diese große Gefahr in unser politisches Handeln mit einbeziehen. Das muss innerhalb der Partei passieren, aber auch im Schulterschluss mit allen anderen demokratischen Parteien in Deutschland. Die politische Rechte muss möglichst klein gehalten werden. Dazu sollten wir unseren Teil beitragen! Wir müssen aktiv werden und aus unserer Sicht und mit unseren Erfahrungen dazu beitragen, dass sich die unsägliche Geschichte des letzten Jahrhunderts nicht wiederholt!

14. Februar 2024: Nochmal davongekommen!

Autorin: Andrea Jäger, Mitglied der Redaktion

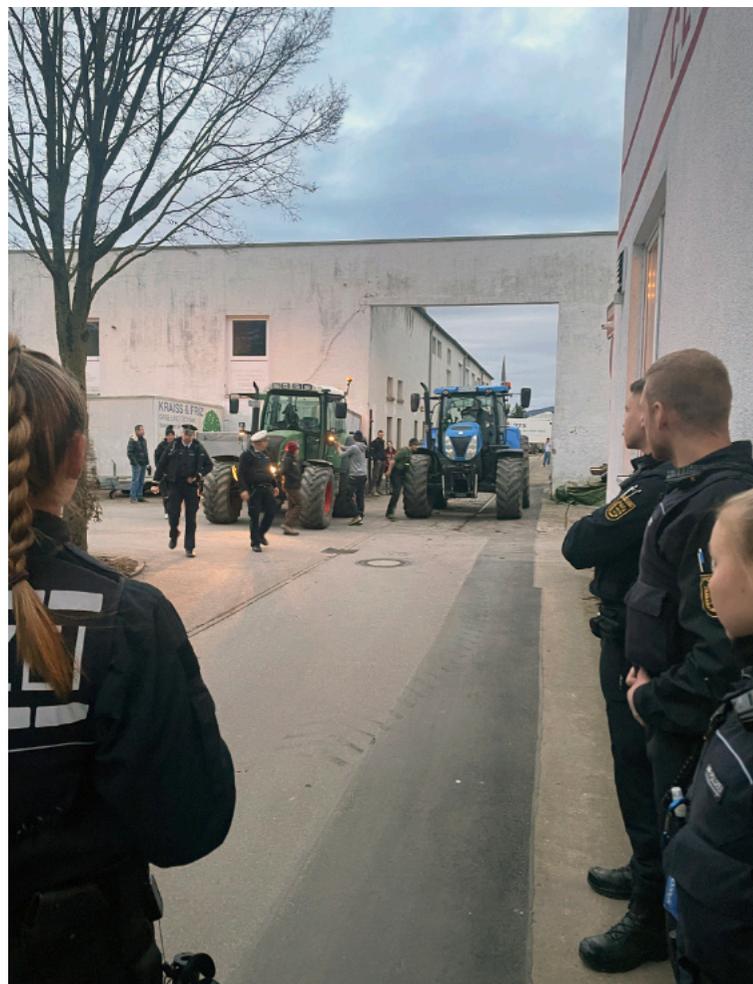
Politischer Aschermittwoch der Grünen in Schorndorf

Auf dem Weg ins schwäbische Schorndorf, wo am Abend der politische Aschermittwoch der Grünen Rems-Murr stattfinden sollte, hörte ich im Radio von den Krawallen in Biberach. Oh, Gott! war mein erster Gedanke. Was, wenn das bei uns auch so schlimm wird und die Veranstaltung nicht stattfinden konnte. Wenn jemand Schaden nehmen würde...

Das Aufbauteam, zu dem ich gehörte war kaum vor Ort, da rollten schon die ersten Traktoren an. Ganz schön klein, so ein Polizeibus, wenn er von einem John Deere und einem Fendt mit 400 PS in die Zange genommen wird! Dazu sollte es dann Gott sei Dank nicht kommen! Die Polizei war mit mehreren Fahrzeugen und vielen sehr besonnenen Einsatzkräften vor Ort. Obwohl die Demo der Bauern nicht angemeldet war, durften sie bleiben, allerdings mit der Auflage, dass die Traktoren sauber in Reih und Glied am Rand des Gebäudes, in dem unsere Veranstaltung stattfinden sollte, geparkt wurden.

Ich wusste, ich musste etwas tun, um meiner Angst Herr(in) zu werden, ging also auf die Landwirte zu und stellte mich vor. Zwei Grüne Landtagsabgeordnete, Ralf Nentwich und Petra Häffner hatten genau wie ich das Gespräch gesucht und standen schon bei der Gruppe.

Die Bauern waren zuerst etwas ruppig, doch nach und nach kam ein ernstes Gespräch in Gang. Wider Erwarten war der Anführer der Bauern, Niko Kalaitzidis, insgesamt sehr umgänglich und diskutierte friedlich mit uns über seine Anliegen und die in seinen Augen völlig fehlgeleitete Politik der Ampelregierung und aller Regierungen davor. Bemerkenswert, dass wir, die Grünen, in seinen Augen nicht allein die Sündenböcke waren.



Im Bild u.a. die Grünen Landtagsabgeordneten Petra Häffner, Ralf Nentwich und unsere Bundesvorsitzende Ricarda Lang

Im Verlauf des Gesprächs wurde klar, dass diese Bauern in die Halle wollten, um unsere Veranstaltung zu stören. Wir haben Niko deshalb das Angebot gemacht, dass er auf der Bühne fünf Minuten Redezeit bekommt, um sein Anliegen und das seiner Mitstreiter vorzubringen (es wurden dann zehn Minuten), wenn wir danach unsere Veranstaltung ohne Störungen abhalten konnten. Zu unserer großen Überraschung sagte er das nach Rücksprache zu. Unglaublicher Weise haben sich alle in seiner Gruppe daran gehalten!

So weit, so gut. Es gab nämlich eine zweite Gruppe, die im Verlauf des Abends immer größeren Zulauf erhielt und eher dem Lager zuzuordnen war, das aus Biberach geschildert wurde: Querdenker, AFDler und andere Hasserfüllte. Diese Gruppe wartete auf Ricarda, beschimpfte sie beim Verlassen der Halle wüst und versuchte, sie körperlich anzugreifen. Die Polizisten bildeten Sperren vor und hinter Ricarda, um Schlimmeres zu verhindern.

Mit dem Schrecken davongekommen? Ja, aber der sitzt seither tief. Woher nehmen diese Leute diesen großen Hass? Es macht einem gehörig Angst, und man fragt sich, wohin unsere Gesellschaft gerade abdriftet. Wenn das Ganze irgendetwas Gutes gehabt haben sollte, dann vielleicht, dass jetzt auch die letzten Verantwortlichen gemerkt haben, dass hier dringend gegengesteuert werden muss und es wirklich in der Mehrzahl nicht die Bauern sind, die eine solche Sauerei veranstalten. Das war ein Mob von Schreihälsen, bei denen gar nicht klar war, wofür sie eigentlich stehen, außer gegen die Grünen – **of course!**

„Zeitbank“ als Vorsorgemodell in der Schweiz

Autorin: Evelyn Thies, delegiertes Mitglied im GRÜNEN Diversitätsrat

Die Idee einer **Zeittauschbörse** ist nicht neu: Es gibt in Deutschland, Österreich und der Schweiz zahlreiche Organisationen, die dieses Prinzip für die Nachbarschaftshilfe und speziell auch für die Betreuung alter Menschen nutzen. So gibt es Zeitbörsen in Königsbrunn bei Augsburg oder in Kassel, sie basieren alle auf dem Prinzip der organisierten Nachbarschaftshilfe. Die Mitglieder tauschen untereinander Leistungen mit Hilfe einer Zeitverrechnung aus, dabei werden alle Leistungen gleich bewertet. Die Zeiteinheiten heißen Talent, ein Talent wird in Stunden umgerechnet.

Etwas anders gestaltet sich das Schweizer Modellprojekt „Zeitvorsorge“

Die Süddeutsche Zeitung schildert dieses interessante Projekt der vorsorgenden Nachbarschaftshilfe durch die 2012 gegründete schweizerische Stiftung „Zeitvorsorge“ (St. Gallen und Rapperswil-Jona). Die Idee: **Menschen ab 50 schenken betagten Menschen Gesellschaft und Zeit.**

Die Hilfeleistungen werden mit Zeitgutschriften auf ein persönliches Konto vergütet. Wenn die Zeitvorsorger*innen später selbst Hilfe benötigen, können sie die Stunden wieder einlösen. Wichtig: Die Einlösbarkeit der angesparten Stunden ist langfristig garantiert, da die beteiligte Kommune das Einlösen der angesparten Stunden garantiert – selbst wenn es einmal nicht mehr genug Freiwillige geben sollte oder das Projekt nicht fortgeführt wird, dann ggf. in anderer Form.



ein Nachbarschaftsmodell auch für uns?

Das Modell hat somit einen öffentlichen, verbindlichen Charakter. Die Geschäftsführung der Stiftung organisiert die „Tandems“ und wacht über die Zeitkonten.

Hintergrund der Idee sind die **demographischen Veränderungen**: Die Zahl der hochbetagten Menschen steigt und die Versorgung durch Familie oder professionelle Anbieter reicht nicht mehr aus. Hinzu kommen finanzielle Engpässe und Fachkräftemangel. Die Stiftung Zeitvorsorge möchte durch freiwillige Hilfeleistungen von Menschen der 3. Generation - die ebenfalls stark wächst - die gegenseitige Fürsorge und soziale Bindung stärken.

Übergeordnetes Ziel ist, dass Senior*innen länger gesund bleiben und solange wie möglich zu Hause leben können

Hinzu kommen **Veränderungen in der Freiwilligenarbeit**: Die Stiftung Zeitvorsorge bietet ein innovatives Konzept für ehrenamtliche Tätigkeit. Es handelt sich um ein Vorsorgemodell, das mit Zeit statt mit Geld arbeitet. Frauen und Männer, die Zeit und Interesse daran haben, älteren Menschen beizustehen, sparen ein Zeitguthaben für ihre eigene Betreuung im Alter an. Vorteil: Eine Stunde bleibt immer eine Stunde, es handelt sich also um eine inflationsfreie Währung, die keinen Einsatz finanzieller Mittel erfordert.

Das Ziel dieser Art von Nachbarschaftshilfe ist nicht, staatliche Hilfen zu ersetzen oder gar abzuschaffen. Die Organisation kann keine Hilfen bei schwerer Krankheit oder bei der Pflege im engeren Sinne leisten, wohl aber vielfältige Begleitung im Alltag bieten (Haushaltshilfe, Einkauf, Spaziergänge, Spiele, kleine Reparaturen, Besuch von Veranstaltungen, Hilfen in der digitalen Welt).

Das Modell **Zeitbank** beruht auf den Prinzipien Eigenverantwortung und Solidarität (in unserem Beispiel zwischen verschiedenen Generationen) und hat einen stark präventiven Charakter. Die angebotenen Hilfen können Krankheiten und Pflegebedürftigkeit entgegenwirken und die Lebensqualität der Betroffenen erhöhen. Allerdings benötigt ein solches System Engagement und die Bereitschaft, bürokratische Hürden zu überwinden. Auch gibt es viele Menschen, die es sich nicht leisten können, unbezahlt etwas für andere zu tun.

Quellen: SZ vom 2./3. März 2024, Homepage der Stiftung Zeitvorsorge in St. Gallen/Schweiz, Schweizerische Ärztezeitung 104/2023, Flyer und Präsentation der Stiftung KISS Zug/Schweiz

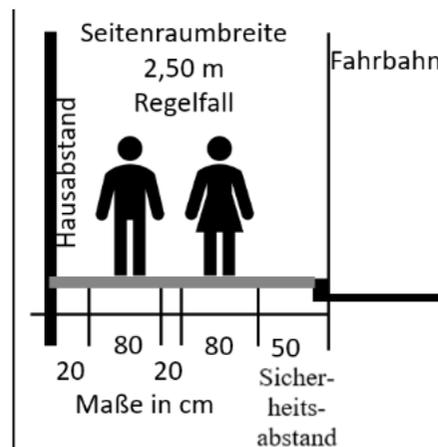
Nicht nur altengerechte Verkehrswege und Verkehrsmittel

Autor: Jürgen Mülders, Mitglied der Redaktion

Alles, was man zum Verkehr liest, ist meistens nur für einen gut, aber alles muss zusammenpassen, wie bei einem Getriebe mit vielen ineinandergreifenden Zahnrädern oder Verkehrsteilnehmern. Dazu gibt es vieles zu beachten und viele Wünsche, hier eine Wunschliste:

Vor der Haustüre und der nahen Umgebung:

- Bürgersteige sollten ausreichend breit für Begegnungen Kinderwagen und Rollstühle sein und schön gerade ohne Stolperlöcher, vor allem in ländlichen Bereichen
- Parkplätze in der Nähe auch für Pflegekräfte, Taxi und Lieferanten außerhalb der Radwege sind wichtig, dabei können Pflegekräfte bei Halteverboten einen Handwerkerausweis nutzen
- Lieferungen z.B. Medikamente, Lebensmittel und Getränke nach Hause, auch gemeinsam mit Paketdiensten, sollten unterstützt werden

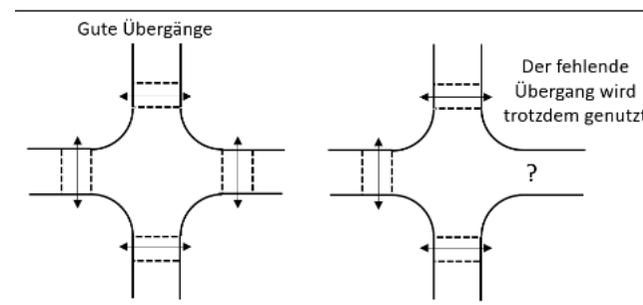


Im ÖPNV:

- Anzahl der Haltestellen erhöhen und mehr Schnellbusse für größere Entfernungen einrichten und On Demand Fahrzeuge für die letzte Meile zur Haustüre anbieten
- Haltestellen sollten schattige Plätze bieten als Wetterschutz
- Alle Haltestellen sollten eine Querungsanlage haben, vor allem in ländlichen Bereichen
- Im ÖPNV sollten mehr Plätze für Rollatoren, Rollstühle und Kinderwagen eingerichtet werden, ggf. mit Klappsitzen

Im öffentlichen Raum:

- Grünzeiten an Ampeln anpassen
- längere Wartezeiten vermeiden max. 30 Sec, ggf. Ampeln mit Countdown Zählern ausstatten
- Grünzeiten einhalten, nicht bei Rot gehen, als Vorbild nicht nur für Kinder



- Übergänge mit Nullbarriere für Rollatoren plus Kennzeichnung für Blinde anlegen
- Kleine Sitzplätze zum Ausruhen mit kleinen Spielgeräten für Kinder entlang viel genutzter Straßen und Verbindungsstraßen aufstellen
- Trinkbrunnen an Plätzen anbieten mit schattigen Sitzplätzen
- Mehr barrierefreie Toilettenanlagen an Parkanlagen und Spielplätzen aufstellen
- Gemeinsame Wege für Fuß- und Radverkehr vermeiden bzw. zurückbauen, damit beide mehr Platz haben für die täglichen Wege ohne Auto
- Radwege einfacher mit weißen Markierungen anlegen, oder mit Fahrradpiktogrammen bei kleineren Straßen. Dabei sollen diese Wege ununterbrochen einheitlich und übersichtlich sein, vor allem für Ältere Fahrradfahrende und Kinder
- Den gesamten Verkehrsweg von Haustüre zu Haustüre betrachten und verbessern

Das ist ein Blumenstrauß an Wünschen, vieles ist einfach einzurichten, einiges geht gar nicht, aber mit etwas Mühe werden alle Generationen und alle Verkehrsteilnehmer etwas mehr bewohnbare oder beispielbare Straßen erhalten können. **Fast perfekt würde schon reichen!**



GRÜNE ALTE

Platz vor dem Neuen Tor 1

10115 Berlin

Tel. 030 28442-0

Fax 030 28442-210

www.gruenealte.de